

Sie fühlen sich von Rabe verschaukelt

VOLKSINITIATIVE Schulbehörde prüft Gang vors Verfassungsgericht, während SPD und Grüne mit Inklusions-Vertretern verhandeln

SANDRA SCHÄFER
s.schaefer@mopo.de



Die Initiative für gute Inklusion fühlt sich von der Politik hinters Licht geführt. Dabei laufen die Verhandlungen mit SPD und Grünen bisher ganz gut, könnten noch vor Weihnachten abgeschlossen sein. Doch jetzt taucht ein vertraulicher Vermerk auf, der die Initiative zweifeln lässt. Will Schulsenator Ties Rabe (SPD) die Initiative mit einem Gang vors Verfassungsgericht stoppen?

„Ich bin erschüttert. Spielt hier jemand falsch?“, so reagiert Maik Findeisen, als die MOPO ihm den internen Vermerk aus der Schulbehörde vorlegt. „Wie sehr können wir überhaupt noch auf das Wort unseres Gegenübers bauen?“, fragt sich der Vertrauensmann der Initiative „Gute Inklusion“.

Was ist passiert? In einem Protokoll aus einer Behördensitzung von Mitte November heißt es: „Senator bedankt sich ... für die Verhandlungen mit der Volksinitiative Gute Inklusion. Die Gespräche dauern an. Dennoch wird erwogen, die Forderungen... vor dem Verfassungsgericht prüfen zu lassen.“

Findeisen fragt sich: „Fahren die etwa zweigleisig?“ Schon seit Ende August trifft sich die Initiative mit Andreas Dressel (SPD) und Anjes Tjarks (Grüne) als Vertreter der Regierungs-Fraktionen und handelt aus, wie die Schulen mit mehr Personal und besseren Räumen für die Inklusion ausgestattet

S bedankt sich für die Zuarbeit von V 22 für die Verhandlungen mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“. Die Gespräche dauern an. Dennoch wird erwogen, die Forderungen der Initiative vor dem Verfassungsgericht prüfen zu lassen.

werden können. So soll der nächste Schritt, ein Volksbegehren, im Interesse beider Seiten verhindert werden.

Findeisen: „Wir sind auf einem guten Weg, könnten vielleicht sogar beim letzten Termin im Dezember eine Einigung erzielen.“ Dass parallel zu den Verhandlungen noch der Gang vors Verfassungsgericht geprüft werde, sei der Initiative nie gesagt worden. Andreas Dressel und Anjes Tjarks betonen, dass ihnen dieser Vermerk der Schulbehörde nicht bekannt und da nichts abgestimmt worden sei. „Niemand will die Initiative linken. Wir wollen uns mit ihr einigen. Das ist unsere Priorität und das wollen wir auch schaffen“, heißt es von den beiden Verhandlungsführern.

Dressel räumt aber auch ein, dass sich das ändern könne, wenn keine Einigung erzielt werde: „Dass eine Behörde prüft, ob es verfassungsrechtliche Vorbehalte gibt, ist ganz normal. Das muss sie sogar.“ Sollten die Gespräche scheitern und die Initiative bereite ein Volksbegehren vor, so müsste das Gericht sogar angerufen werden, wenn es Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit gebe. „Das sieht das Gesetz so vor.“

Manfred Brand von „Mehr Demokratie“ bewertet das ganz anders: „Da wird mit dem Verfassungsgericht gedroht, das gehört sich nicht, während man verhandelt.“

So lautet der Vermerk im internen Protokoll der Schulbehörde. „S“ steht für Senator (oben). Unten: Die Volksinitiative für Gute Inklusion bei einer Aktion auf dem Rathausmarkt.

